

Münchner Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 16 • Februar 2021

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, natürlich ist zur Zeit unser Denken nur noch von Corona bestimmt. Die Sicherheitskonferenz wird verschoben, die Friedenskonferenz findet online statt — so wie auch unser Munich Peace Meeting nur virtuell möglich war. Corona könnte also wahrlich Anlass zum Nachdenken sein, hoffentlich auch zum Neudenken, weil die Pandemie viele Bereiche unseres Lebens und bisherigen Denkens in Frage stellt. Das betrifft insbesondere unsere Sicherheitspolitik, wo jetzt rückwärtsgewandt wieder Aufrüstung gefordert wird - anstatt abzurüsten, um die Gelder in die Krisenbereiche Gesundheit, Bildung, Armut, Klima, Flucht zu investieren. Das Schwerpunktthema „Sicherheit neu denken“ eröffnet hier neue Wege (→S.4), und der Artikel „Im Schatten der Pandemie“ (→S.8) macht auf die Kollateralschäden der Pandemie aufmerksam. Neues Denken könnte also eine Zeitenwende auslösen, aber in welche Richtung? (→S.6) Rückwärts nur als Besinnung auf die Nachkriegsforderung „Nie wieder Krieg“ (→S.7) und die Erkenntnis, wie verhängnisvoll Aufrüstung und Atombewaffnung sind. Atomwaffen sind ab sofort völkerrechtlich verboten! Davon hält man auf der MSC nichts, da wird eher wieder über eine militärische Führungsrolle Deutschlands nachgedacht und dessen Beteiligung an Interventionen. Dabei haben die oft ganz andere Auswirkungen als nur positive im humanitären Bereich (→S.9). Die Mahnung zum Frieden (→S.1) und für Abrüstung (→S.11) muss also noch lauter werden!

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait: Eugen



Drewermann
Der 80jährige Theologe, Kirchenkritiker und Schriftsteller hielt eine tief

berührende, eindrucksvolle Rede zum Antikriegstag 2020 in Stukenbrock, auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof. Seine Worte müßten auf der MSC gehört werden:

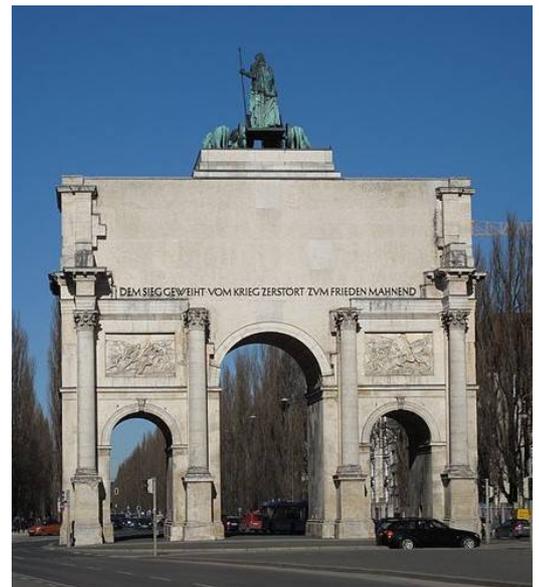
„Man kann Frieden nur haben, wenn man abrüstet. So kommen wir aus dem Teufelskreis heraus oder wir ziehen ewig die falsche Lehre aus Stukenbrock.“ „Russland gehört zu Europa, die **Militarisierung der Außenpolitik muss beendet werden.**“ Und zu Atomwaffen: „Leute, die sich diese Art von Sicherheit ausdenken?! Die sind gemeingefährlich!“

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1-2 Zum Frieden mahrend
- S.3 Unsere Beobacher*innen
- S.4-5 Sicherheit neu denken
- S.6 Zeitenwende-Wendezeiten
- S.7 Nie wieder Krieg!
- S.8 Im Schatten der Pandemie
- S.9 Militärinterventionen
- S.10 Misereor—Versöhnungsarbeit
- S.11 Wieviel Rüstung schadet?
- S.12 Projektziele-Termine

„... zum Frieden mahrend“

München und der Friede – ein Thema, das vielerlei Assoziationen wecken kann: Vielleicht denken Sie an das Siegestor am Ende der Ludwigstraße? „*Dem Sieg geweiht - Vom Krieg zerstört - Zum Frieden mahrend*“, so bezeugt seit seinem Wiederaufbau Ende der 1950er Jahre die Inschrift auf der Südseite des Tores einen damals deutlich empfundenen Friedensauftrag Münchens. Doch wie könnte München dem gerecht werden? Kann es zum Beispiel hilfreich sein, die große Politik zu einer Friedenskonferenz zu versammeln? Die Erfahrungen Münchens mit diesem friedenspolitischen Instrument sind bisher – gelinde gesagt – sehr durchwachsen.



1938 – bei der *Münchner Konferenz* stimmen unter Vermittlung des italienischen Diktators Mussolini Großbritannien und Frankreich einer Besetzung des Sudetenlands durch Hitler-Deutschland zu. Obwohl es um die Tschechoslowakei geht, ist deren Staatspräsident nicht einmal eingeladen. Auf Tschechisch wird das beschlossene Abkommen „Münchner Verrat“ genannt. Und der „*Frieden für unsere Zeit*“, den Premierminister Chamberlain nach seiner Rückkehr in England ankündigt, währt nur noch ein knappes Jahr – dann beginnt der 2. Weltkrieg.

1947 – nach dem 2. Weltkrieg treffen sich die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder zur *Münchner Ministerpräsidentenkonferenz* – angesichts der Teilung in vier Besatzungszonen ein beachtenswerter Versuch gesamtdeutscher politischer Willensbildung. Doch der Bruch zwischen Ost und West ist bereits

Fortsetzung S. 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1:

so weit fortgeschritten, dass die Konferenz endet, bevor sie richtig beginnen kann. Der Grund: unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten, worüber auf der Konferenz gesprochen werden soll.

1963 – zur *Internationalen Wehrkunde-Begegnung* treffen sich im Kalten Krieg westliche Politiker und Militärs, insbesondere aus Deutschland und den USA. Es geht um Verteidigung gegen einen als Bedrohung empfundenen kommunistischen Ostblock. Nach dem friedlichen Ende des Kalten Kriegs – Gorbatschow sei Dank! – wird diese jährliche Tagung 1992 in *Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik* umbenannt. Und ab 1999 dürfen dort sogar russische Politiker ihren Protest gegen die NATO-Osterweiterung vortragen. Doch selbst Putins dramatische Warnung vor einem neuen Kalten Krieg verhallt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 unverstanden.

Kann diese *Münchner Sicherheitskonferenz* (MSC) einen Beitrag leisten zum Friedensauftrag Münchens? Ja und Nein. Einerseits bietet sie Chancen für Dialog und informellen Austausch, der die Grenzen von NATO und EU überschreitet, z.B. mit Russland, Iran oder China. Andererseits ist die ehemalige Wehrkundetagung immer noch ein Forum traditioneller Sicherheitspolitik und westlicher Dominanz, welches die Ideologie der Unverzichtbarkeit militärischer Gewalt festigt und fördert.

Doch es gibt in München – mehr oder weniger im Verborgenen – bereits eine neue Kultur friedlicher Konfliktbearbeitung. Ich denke dabei an die städtischen Fachstellen *AKIM* und *SteG*. Mit den Mitteln des Dialogs und der Mediation versuchen sie bei Konflikten im öffentlichen Raum oder im Wohnumfeld alle Seiten zu Wort kommen zu lassen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Auch der *„Arbeitskreis Gewaltprävention in der Schule“*, das Präventionsprojekt *„zammgrauft“* der Münchner Polizei und die *Mediationszentrale München*

Friedensverantwortung bilden wird.

Ich denke aber auch an die *Internationale Münchner Friedenskonferenz* (IMFK), die als friedenspolitische Bildungsveranstaltung seit 2003 inhaltliche Alternativen zur MSC präsentiert. 2020 war die IMFK in Folge einer informellen Rückfrage im OB-Büro nach einem friedenspolitisch passenderen Überbringer des städtischen Grußworts in sehr schwere öffentliche Turbulenzen geraten. Dies führte schließlich sogar zur Absage der Konferenz wegen befürchteter unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten im Publikum. Der israelisch-palästinensische Konflikt, der gar nicht auf dem Programm der IMFK stand, hatte seinen Schatten auf die Konferenz geworfen. Trotz dieser schmerzhaften Erfahrung ließ sich der kleine Vorbereitungskreis nicht entmutigen und hat für 2021 erneut ein spannendes Programm rund um das Konzept *„Sicherheit neu denken“* vorbereitet.

Und unsere *Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“*? Seit über 15 Jahren lassen wir uns leiten von der Vision einer **Münchner Konferenz für Friedenspolitik**, zu der die MSC sich weiterentwickeln könnte. Für diese zukünftige Konferenz soll gelten: Die Bedürfnisse aller Menschen und Völker haben gleiches Gewicht; Sicherheit kann nur miteinander, nicht gegeneinander erreicht werden; die Tiefenursachen von Konflikten (z.B. soziale Ungerechtigkeit und Klimakrise) müssen gemeinsam gewaltfrei bearbeitet werden. Mit einer solchen Friedenskonferenz könnte Deutschland – als Zivilmacht und als Mittlermacht – der Weltinnenpolitik einen wichtigen Raum für Dialog und informelle Begegnung und für eine auf Respekt gegründete internationale Kommunikation zur Verfügung stellen. Als Dialogveranstaltung könnte sie einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Feindbildern leisten.

Mit unserem **Munich Peace Meeting** (MPM), das 2020 zum zweiten Mal stattfand, haben wir bereits einen kleinen Schritt in diese Richtung unternommen. Das MPM dient der Vernetzung zwischen Friedenswissenschaft, Friedensarbeit, Friedensbewegung und der MSC. Beim MPM am 27. Nov. 2020 hatten 45 geladene Teilnehmer*innen die Möglichkeit eines vertieften Online-Austausches zum Thema *„Friedenskultur und Friedenskompetenz – für eine kooperative Weltinnenpolitik“*. Dazu gab es thematische Impulse sowie große und kleine Austauschrunden. Außerdem konnten konkrete Anregungen für die MSC 2021 eingebracht werden. Ob sich kleine Spuren davon in der Arbeit der MSC zeigen werden, bleibt abzuwarten. Wir werden jedenfalls weiterhin mit unseren Mitteln einen Beitrag zum Friedensauftrag Münchens leisten.

Thomas Mohr, Vorsitzender MSKv



Munich Peace Meeting—diesmal virtuell

arbeiten in diese Richtung. Und gelegentlich träume ich davon, dass zukünftig auch eine **Münchner Friedensakademie** – angelehnt an das Konzept der *Friedensakademie Rheinland-Pfalz* – einen Kristallisationspunkt Münchner

Was unseren Beobachter*innen auf der Sicherheitskonferenz 2020 aufgefallen ist

Anja Ufermann:



Die 56. MSC befasste sich mit der Rolle des Westens in der Welt, verknüpft mit der alten Annahme, dass nur derjenige ernstgenommen wird, der ein gut ausgestattetes Waffenarsenal besitzt. Präsident Selenskyj (Ukraine) meinte dazu: „Es ist unmöglich, neue Weltregeln auf der Basis liberaler Werte zu schaffen, wenn nur ausgewählte Länder eingeladen werden (...) die über ein Atomwaffenarsenal oder ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Entwicklung verfügen. Die Probleme der Menschheit sollten von allen Mitgliedern der Menschheit angegangen werden.“

Ein positives Signal war die Verleihung des Ewald von Kleist Awards an die UN und die Annäherung von Aserbaidschan und Armenien: gemeinsame Vereinbarungen blieben jedoch aus. Die Aufgaben dieses Jahrzehnts verlangen Zusammenarbeit. Präsident Sarkissian (Armenien) betonte die Notwendigkeit eines „thinking out of the box“, der Entwicklung neuer Handlungsstrategien. Unsere PolitikerInnen benötigen dafür unsere Unterstützung. Wir können es uns nicht (mehr) leisten, sie allein zu lassen.

Hubert Heindl:



In diesem Sinne ermutigte uns Bundespräsident Steinmeier, an der Veränderung der MSC weiter zu arbeiten: „Ich weiß, dass viele Menschen in Deutschland Sorge haben, dass sich hinter dem Begriff der Verantwortung vor allem militärische Auslandseinsätze verbergen. Aber eine solche Gleichsetzung führt in die Irre. Verantwortung in der Welt von heute heißt [...], sich der Wirklichkeit zu stellen [...] und nach praktischen Wegen zu suchen, die Welt zu verändern und zu verbessern“.

Zu wenig solche praktischen Ansätze habe ich bei meiner Beobachtung gesehen. Die MSC scheint (noch) nicht bereit, sich auf die Notwendigkeit „Sicherheit neu zu denken“ einzulassen. Zu viele Diskussionen blieben mir in Beliebigkeit und Oberflächlichkeit stecken. Die Konferenz muss sich mehr trauen und die Fragen nach „Ross und Reiter“ von Krieg, Bedrohung und Ausgrenzung, nach dem „Was bleibt“ und „Wie weiter“ stellen. Es kommt nicht auf einen „3-Tage-Hype“ an, sondern auf die Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit der Aktionen, die daraus hervorgehen.

Beobachter*innen-Perspektive für die Sicherheitskonferenz 2021

*(Noch wissen wir nicht wann die verschobene MSC statt finden wird, aber unsere Beobachter*innen sind schon benannt.)*

Auch 2021 wieder Beobachterin: Anja Ufermann



Als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation liegt ein Schwerpunkt meiner Beobachtung auf der Kommunikation sowie der Gestaltung der Kommunikationsräume: wie weit ermöglicht die Struktur und das Setting Dialog und das Entstehen neuer (gemeinsamer) Perspektiven? Dienen die Veranstaltungsformate dazu ein besseres Verständnis für die Haltung des Gegenübers zu gewinnen oder bleibt es wie in den Vorjahren bei Debatte anstatt Diskurs? Inhaltlich interessiert mich die Nuancierung zur Rolle Deutschlands in der Welt und die Ausgestaltung des transatlantischen Bündnisses. Wird erneut vorrangig die Rolle der NATO betont und weitere Militärausgaben gefordert? Oder wird Deutschland sich als Vorreiter zeigen in Bezug auf Klimaschutz, diplomatische Kompetenz und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung? Angesichts der vielfältigen Herausforderungen in der Welt werde ich Ausschau halten nach PolitikerInnen, die mutig neue Wege gehen für mehr Vertrauen und Zusammenhalt in der internationalen Gemeinschaft, für Integration anstatt Ausgrenzung.

Neu als Beobachter: Ralf Becker



Als Koordinator der Initiative Sicherheit neu denken möchte ich als Beobachter zunächst intensiv wahrnehmen – die Atmosphäre, die Energie, die Akteur*innen und ihre Art und Weise, sich im Raum der MSC zu bewegen und zu begegnen.

Für mich ist das die Voraussetzung und der Schlüssel, um Kommunikationsmöglichkeiten zu entdecken, die wir im Anschluss an die MSC schrittweise (weiter) entwickeln, auf- und ausbauen können.

Ich gehe zunächst in fragender Haltung in die MSC: Wie nehme ich mich selbst wahr in diesem Raum? Was zeigt sich mir? Welche Spielräume zeigen sich zur Gestaltung einer kooperativen Weltinnenpolitik? Wo und wie ist Begegnung auf Augenhöhe möglich, wo zeigen sich Chancen, im „great game“ die gewohnte Dominanzhaltung westlicher Akteur*innen loszulassen zugunsten einer Begegnung von Akteur*innen verschiedener Kulturkreise auf Augenhöhe? Wo und wie könnte die Wirksamkeit ziviler Sicherheitspolitik wahrnehmbar und erfahrbar werden? Welche Art von Begegnungsräumen ermöglicht den Auf- und Ausbau vertrauensvoller Beziehungen?

Sicherheit neu denken – von der militärischen zu kooperativer ziviler Sicherheitspolitik

Die Fokussierung unserer Außen- und Sicherheitspolitik auf Militär ist unvernünftig

Würde Deutschland jährlich statt geplant 70 Mrd. Euro (so das 2%-Ziel der NATO) in militärische Sicherheitspolitik jährlich 33 Mrd. Euro in die UNO und ihre Institutionen investieren, wäre unserer Sicherheit und dem Frieden nachhaltig gedient – die UNO wäre auf einen Schlag viermal so wirksam wie bisher. Auch die schnellere Umsetzung unseres Kohleausstiegs und eine entschiedener Unterstützung afrikanischer Staaten und Zivilgesellschaften zur Erreichung ihrer selbstgesteckten Entwicklungsziele 2063 würde nachhaltiger zur Fluchtursachenbekämpfung beitragen als weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Zunehmend kritische Stimmen aus Wissenschaft und Praxis zu militärischer Sicherheitspolitik

Im Sommer haben wir im öffentlichen Dialog mit Botschafter Ruge, dem stellv. Vorsitzenden der MSC, die im letzten Jahr veröffentlichten kritischen Studien zur Wirksamkeit militärischer Auslandseinsätze angeführt¹. Dazu gibt es von Seiten des Militärs am wenigsten Einwände, da dieses selbst am besten die Grenzen seiner eigenen Wirksamkeit kennt und benennt – siehe den Artikel „Stabilisierung im Treibsand? - Von Illusionen, Fehlern und Erfolgs-Bedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen“ in der Zeitschrift für Innere Führung der Bundeswehr 03/2020, der klar für zivile Konfliktlösungen plädiert².

Inzwischen widerlegt auch eine Regierungs-Auswertung 148 internationaler Evaluationen der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan aus dem Zeitraum 2008-2018 klar den Anspruch des Militärs, eine sichere Umgebung für nötige und mögliche Entwicklungszusammenarbeit schaffen zu können³.

Unsere Behauptung, die Ineffektivität militärischer Stabilisierungseinsätze sei inzwischen wissenschaftlich erwiesen und evident, führte zu intensiven Reaktionen insbesondere aus den Reihen von B90/Die Grünen⁴. Auch die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung weist auf die Relativität dieses Befundes hin: je höher der militärische Einsatz und je begrenzter das politische Ziel, desto effektiver seien natürlich auch militärische Mittel, so Prof. Dr. Deitelhoff in der Veranstaltungsreihe „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen und Katholischen Akademie Frankfurt a.M. im November 2020⁵.

Eine Initiative mit breiter Wirkung

Unsere seit 2019 wirkende bundesweite Initiative Sicherheit neu denken wird getragen von 28 deutschen und 2 europäischen Organisationen, darunter der DFG-VK als größtem deutschem Friedensverband, dem Friedenspfarramt und der EAK der württembergischen sowie der AG Frieden der rheinischen Landeskirche, der katholische Friedensinitiative Pax Christi, den Ärzten zur Verhütung eines Atomkriegs und vielen andere mehr⁶.

Seit Januar 2021 empfiehlt die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland ihren Gemeinden, Kirchenkreisen, der Landeskirche und ihren Einrichtungen, die Impulse unserer Initiative aufzunehmen und ihren Beitritt zu unserer Initiative zu prüfen⁷.

2020 wurden bundesweit über 60 Multiplikator*innen ausgebildet, die sich monatlich in ihren Regionen digital zum Austausch und zur Vernetzung treffen. Multiplikator*innen-Schulungen sind 2021 in Baden-Württemberg, Münster und Wittenberg geplant⁸.



Multiplikator*innen Schulung

An zahlreichen Orten organisieren mehrere kooperierende Organisationen öffentliche Veranstaltungen, darunter zehn Akademien⁹. Insgesamt erreichte das Szenario bisher in 175 öffentlichen Veranstaltungen über 7.600 Interessierte. Zahlreiche weitere Veranstaltungen sind geplant¹⁰.

Fortsetzung S. 5 ►

¹ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/veranstaltungen/dialog-mit-der-msc/>

² siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=202958>

³ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=217731>

⁴ siehe <http://nachtwei.de/>

⁵ siehe <https://www.youtube.com/watch?v=qU17-xVPKoA>

⁶ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/html/organisationen_initiativen.html

⁷ siehe <https://landessynode.ekir.de/beitrag/ls2021-friedensethischer-beschluss/>

⁸ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/ich_werde_multiplikatorin.html

⁹ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=215244> sowie die Youtube-Aufnahme der Akademien in FFM vom 16.11.2020: <https://youtu.be/qU17-xVPKoA>

¹⁰ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/veranstaltungen7151.html>

► **Fortsetzung** von Seite 4:

Die FAZ¹¹ berichtete ebenso wie der rbb¹² und Deutschlandfunk Kultur¹³. Mit der Münchener Sicherheitskonferenz haben wir im Sommer 2020 einen öffentlichen Dialog begonnen, der sich beim Munic Peace Meeting im November fortgesetzt hat¹⁴, bei der Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler konnten wir das Szenario ebenso vorstellen wie inzwischen zahlreichen Verteidigungs- und sonstigen Politiker*innen des Deutschen Bundestags.

Beim digitalen Sicherheit neu denken Jahrestreffen im Dezember 2020 mit 190 Teilnehmenden wirkten neben dem Ehrenpräsidenten des Club of Rome, Ernst U. von Weizsäcker u.a. Roman Huber, der Geschäftsführer von Mehr Demokratie, Beatrice Fihn, die Geschäftsführerin von ICAN International, Dr. med. Martin Herrmann, der Vorsitzende der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit sowie Hubert Heindl von der Friedensuniversität Afrika mit.

Auch im aktuell vom Deutschen Bundestag geschaffenen Bürgerrat zur Rolle Deutschlands in der Welt¹⁵ war unser Expertenrat gefragt¹⁶. Auf dem Ökumenischen Kirchentag ist ein großes Podium zur Frage „Militäreinsätze als wirksames Mittel für den Frieden?“ geplant (*noch unter Corona-Vorbehalt*).



BÜRGERRAT

Deutschlands Rolle in der Welt

Regionale Ansprechpartner*innen und prominente Unterstützung

Inzwischen gibt es sowohl bundesweite regionale Ansprechpartner*innen der Initiative¹⁷ als auch Youtube-Filme verschiedener Länge¹⁸. Mit dem Ehrenpräsidenten des Club of Rome, Ernst U. von Weizsäcker, Bischöfin i.R. Bärbel Warttenberg-Potter, unserem Landesbischof, Franz Alt sowie mehreren bekannten Künstlern unterstützen inzwischen auch zahlreiche Prominente unsere Initiative.

¹¹ siehe <https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/kirche-und-frieden-16444295.html>

¹² siehe https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/gott_und_die_welt/archiv/20200216_0904.html

¹³ siehe https://www.deutschlandfunkkultur.de/audio-archiv.517.de.html?drau:broadcast_id=248

¹⁴ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/html/dialog_mit_der_msc.html

¹⁵ siehe <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/dokumentation/>

¹⁶ siehe <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/dokumentation/>

¹⁷ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/html/kontakt6306.html>

¹⁸ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/html/youtube_links.html

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat folgendes Zitat für unsere Initiative zur Verfügung gestellt:

„Was wir brauchen, ist ein grundlegendes Umdenken. Was wir brauchen, ist ein erweitertes Sicherheitsverständnis. Ein Sicherheitsverständnis, in dessen Mittelpunkt der sozial gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft steht, das auf soziale statt auf militärische Sicherheit setzt, das auf Konfliktvermeidung und Krisenprävention setzt, das nicht immerzu neue Fluchtursachen erzeugt, sondern darauf abzielt, Fluchtursachen zu bekämpfen. Das bedeutet auch, dass wir ein Vielfaches der heutigen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe brauchen. Abrüsten statt Aufrüsten – daran führt kein Weg vorbei.“

Internationale Vernetzung

In den Niederlanden wird inzwischen nach dem badischen Vorbild ein ähnliches Szenario für die Niederlande entwickelt¹⁹. In Großbritannien wirkt „Rethinking Security“ vergleichbar erfolgreich wie unsere deutsche Initiative²⁰, auch in den USA gibt es ähnliche Aufbrüche²¹.

In Österreich wird der Versöhnungsbund 2021 seine Jahrestagung zu unserem Szenario abhalten. Der Schweizerische Friedensrat wird Sicherheit neu denken in den Mittelpunkt seiner Jubiläumsveranstaltung zu seinem 75-jährigen Bestehen stellen²². 2022 ist eine internationale Tagung der Bremer Friedensstiftung die Schwelle und des europäischen friedenskirchlichen Netzwerks Church and Peace zu Sicherheit neu denken geplant.

Ralf Becker

Ralf Becker koordiniert im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden die bundesweite zivilgesellschaftlich-kirchliche Initiative „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“.

Zuvor wirkte er mehrere Jahre als Koordinator des Vereins „gewaltfrei handeln – ökumenisch Frieden lernen“ (www.gewaltfreihandeln.org), der bundesweit Friedensfachkräfte ausbildet.

Von 1994 bis zum Jahr 2000 war Ralf Becker an der Konzeption und Leitung der Kampagne Erlassjahr 2000 (www.erlassjahr.de) beteiligt. 1998-2001 wirkte er als Referent für die Studie Zukunftsfähiges Deutschland beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor. Von 2002 bis 2006 wirkte er in der Initiative Zukunft des Katholisch-Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln.

¹⁹ siehe <https://samenvleig.earth/project-veiligheid-hoe-dan/>

²⁰ siehe www.rethinkingsecurity.org.uk

²¹ siehe www.sharedsecurity.org

²² siehe <https://www.friedensrat.ch/jubilaumsveranstaltung-wie-zivil-kann-sicherheitspolitik-sein-vortrag-und-hearing/>

„Zeitenwende-Wendezeiten“ – aber in welche Richtung denn?

Wir befinden uns jetzt nicht nur in einer Corona-Krise, sondern sind gleich mit **mehreren Krisen** konfrontiert: Klimakrise, Bildungskrise, Biodiversitätskrise, Flüchtlingskrise, Hungerkrise, Energiekrise, Demokratiekrisen usw. In vielen Bereichen der Biosphäre haben wir bereits die planetarischen Grenzen der verfügbaren Ressourcen erheblich überschritten. Das **Anthropozän** mit seinen vom homo sapiens verursachten krisenhaften Auswirkungen wäre also wahrlich Anlass genug, darüber nachzudenken, wie wir dem durch sofortiges, entschlossenes Handeln Einhalt gebieten können. Anlass also für eine **Zeitenwende**, als **Umkehr** für einen neuen Weg, der **kein „Weiter so“** erlaubt, was ja zu diesen Krisen geführt hat.



Eine Sonderausgabe des Munich-Security-Reports der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) trägt den Titel **„Zeitenwende/Wendezeiten“**. Wer nun meint, hier diese Umkehr als Antwort auf die Krisen zu finden, wird bitter enttäuscht. Nichts von dem, was man als „Neues Denken“ bezeichnen könnte ist darin zu finden, im Gegenteil, darin kommt ein

Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges zum Ausdruck.

Die Reden von Gauck, Steinmeier und von-der-Leyen auf der MSC 2014 mit ihrem Appell „Mehr Verantwortung übernehmen“ werden gar zu einem „Münchner Konsens“ hochstilisiert, um diese Forderung nach „Mehr“ – natürlich auch bei den Rüstungsausgaben - zu verstärken und gar zur geforderten **„Führungsrolle“** Deutschlands in der EU auszuweiten. Die Steigerung der Verteidigungsausgaben seit 2014, um immerhin 40%, wird zwar anerkannt, um jedoch „souverän handeln“ und auch **„europäische Interessen** wirksam verteidigen zu können“ müßte Deutschland erheblich mehr „Ressourcen mobilisieren“, so der Report.



Ist dieses **militärzentrierte Denken** die Antwort auf die weltweiten dramatischen Krisen? Während uns allein die Corona-Krise 3-stellige Milliarden kostet – Schulden, für die nachfolgende Generation-, während unser Gesundheits- und Bildungssystem an ihre Grenzen kommen, von den notwendigen Investitionen in den Klimaschutz ganz zu schweigen, fällt der MSC also nichts besseres ein, als die Ausweitung der ohnehin schon **überhöhten Rüstungsausgaben** zu fordern. Keine einzige der gegenwärtigen Krisen kann eine Aufgabe für die Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln sein. Alle

Militäreinsätze weltweit, bei denen teilweise auch Deutschland beteiligt war, haben nur desaströse Verwüstungen und Instabilitäten hervorgerufen, so dass Hunger, Flucht, Umweltschäden und Gewalt an Menschen und Natur nur vergrößert wurden.

Der **Papst** hat angeklagt, der Hunger sei keine Tragödie, sondern eine **Schande**. Er appellierte: „Eine mutige Entscheidung wäre es, mit den Geldern, die man für Waffen oder andere Militärausgaben braucht, einen weltweiten Fonds einzurichten, um den Hunger definitiv auszurotten...“ Und während der UN-Generalsekretär Guterres ausruft: „Die Raserei des Virus offenbart die **Narretei des Krieges**“ verlautbart der NATO-Generalsekretär, die Einsatzbereitschaft der NATO sei trotz Corona uneingeschränkt und die Erhöhung der Rüstungsausgaben unabdingbar.

Das zentrale Argument des Reports für das „Mehr“ an Militarisierung, das auch von den Politiker*innen immer wieder verwendet wird, ist moralischer Natur und lautet **„Verantwortung“**. Wolfgang Ischinger schreibt schon in seinem Buch „Welt in Gefahr“: „Der **Pazifist** delegiert den Konflikt und seine Lösung an die anderen. Das ist bequem, aber zeugt nicht von Verantwortung und ist deshalb moralisch verwerflich.“ So einfach ist das offenbar. Dass Verantwortung auch ein aktives Handeln, gerade im Hinblick auf die deutsche Geschichte bedeutet, nämlich sich verstärkt für den **Frieden mit zivilen Mittel** einzusetzen, wie es jetzt schon von Tausenden von **Friedensfachkräften** in aller Welt geleistet wird, und somit kein „Wegducken“ oder „Wegschauen“ bedeutet, ist dem traditionell militärischen Denken unverständlich. Darum zitiert **Ischinger** Friedrich den Großen: „Diplomatie ohne Waffen ist wie ein Orchester ohne Instrumente.“ Über **zivile Konfliktbearbeitung** ist deshalb in dem Report so wenig zu lesen wie über **Abrüstung und Rüstungskontrolle**.

Während der Papst in seiner Friedensbotschaft zu Neujahr eine **„Kultur der Achtsamkeit“** anmahnt, traut sich der MSC-Report euphemistisch von **„strategischer Kultur“** daherzureden und meint, nachdem die Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Deutschen sich nicht von Feinden bedroht sieht und deshalb Atomwaffen und mehr Rüstung ablehnt, müsse wenigstens der von der „politischen Klasse“ getragene Willen für eine **„Führungsrolle Deutschlands“** zum Ausdruck kommen.



Brauchen wir wirklich wieder Führer? Wirtschaftlich haben wir diese Rolle ja! Nicht militärisch sollten wir vorangehen, sondern um **„dem Frieden der Welt zu dienen“** (Präambel Grundgesetz)!

Erwin Schelbert

Nie wieder Krieg!?

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in Kraft getreten! Grund zur Freude! Ja, aber: bisher haben ihn nur 51 Staaten ratifiziert. Deutschland ist aber nicht dabei! Entgegen dem Bundestagsbeschluss von 2010 zum Abzug der Atomwaffen lagern sie noch immer in Büchel, denn Deutschland hält eisern an der Nuklearen Teilhabe fest. In groß angelegten Manövern, wie z.B. im Steadfast Noon, wird demonstrativ der Atomkrieg geprobt; dazu die Aufrüstungspläne der Verteidigungsministerin: F-18-Bomber aus den USA, Eurofighter von Airbus und deutsch-französische Kampfflugzeuge mit Angriffsfähigkeit für das Future Combat Air System. Und, was meist vergessen wird: geht doch ständig von deutschem Boden Krieg aus: in der US-Air Base in Ramstein wird die Steuerung der Kampfdrohnen-Einsätze gegen mutmaßliche Terroristen in Irak, Afghanistan und Jemen koordiniert, wo sie hauptsächlich die Zivilbevölkerung treffen. Zu erinnern ist auch, dass die NATO, entgegen dem Versprechen des damaligen US-Außenministers James A. Baker gegenüber Dietrich Genscher, sich nicht in den Osten auszudehnen, nunmehr an der Westgrenze zu Russland steht.

Um der kriegsmüden Bevölkerung das alles schmackhaft zu machen, müssen – wie immer vor Kriegen – Lügen nachhelfen! So wird heute immer wieder, in allen Leitmedien direkt oder nebenbei, fleißig am Feindbild „aggressives Russland“, gestrickt!

Das alles bereitet mir große Sorge um die Zukunft des Menschen und des ihm anvertrauten Planeten Erde!

Und die „Münchener Sicherheitskonferenz“? Ich denke: ist das nicht ein Versprechen, das in dem Namen liegt? Englisch: „Munich Security Conference“! security kommt von Lateinisch securitas, was sich ableitet von se cura = ohne Sorge! Die Konferenz zur Sicherheit hat also den Anspruch – so könnte man annehmen – uns, der Bevölkerung, die Sorge um unser Leben, die Angst vor Verlust und Leid zu nehmen! Wie uns auch Botschafter Wolfgang Ischinger immer wieder versichert: Nicht zu strategischen Planungen, sondern nur zum Austausch von Gedanken zum Krisenmanagement versammeln sich die Granden aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär alljährlich in München. Zur Sicherung des Friedens! Das erinnert mich allerdings an ein anderes lateinisches Diktum des kriegsfreudigen römischen Imperiums: Si vis pacem para bellum! Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor!

Sind das Vorbereitungen zum Krieg? Zum Zweck des Friedens? Die Grundlage zu allen Kriegen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg ist der 1947 gegründete „National Security Act“, der u.a. die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates NSC und der Central Intelligence Agency CIA beinhaltet. Mit der zwei Jahre später gegründeten NATO wird die Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von den dominanten USA gewährleistet. So steht Deutschland,

das sich, wie auch Europa, nach den Kriegen des 20. Jahrhunderts dem Frieden verpflichtet hat, jetzt als NATO-Mitglied unter dem Druck der USA, mehr Beihilfe zur Verteidigung der westlichen „Wertegemeinschaft“ und der angeblichen Verbreitung der Demokratie zu leisten: durch materielle und aktive Beteiligung bei den so genannten „humanitären Interventionen“, die sich letztlich als Regime-Change-Kriege gegen missliebige Regime entpuppen. Sehen doch die USA seit dem Ende der Blockkonfrontation ihre Weltherrschaft schwinden, und so fürchten sie die Konkurrenz erstarkender Reiche, wie China, Russland und ja, auch das vereinte Europa! Das sie doch als ihren gehorsamen Verbündeten zu erhalten suchen! Mit Erfolg, so scheint es!

Das macht mir Angst! Ich weiß, was Krieg bedeutet, habe ich ihn doch als Kind leidvoll erfahren: das Heulen der Sirenen, das uns aus dem Schlafe riss, das Donnern der FLAK, der Flieger-Abwehr-Kanonen, die banger Stunden im Keller bei den Fliegerangriffen: trifft es uns diesmal? Oder kommen wir noch davon? Die Brandbomben, die eines Nachts dann auch tatsächlich unsere Wohnung in Berlin, das vertraute Zuhause meiner Kindheit, zerstörten; der Verlust meines Vaters, der von einem Gang zu unserm Pfarrer nie wieder zurückkehrte und von dessen Verschleppung und Sterben in einem polnischen Gefangenenlager meine Mutter und ich erst nach zwei Jahren erfuhren...

So hieß es dann im Volk lange Jahre: „Nie wieder Krieg!“



Das zerstörte Berlin 1945, Quelle: Autorin

Und heute kann es nur heißen: „Si vis pacem para pacem!“ Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor!

Mechthild Schreiber

Covid ist in Wirklichkeit eine "Polypandemie", bei der die sekundären Auswirkungen der Gesundheitspolitik mehr Leid verursachen können als die Krankheit selbst. Der starke Anstieg von Hunger, Armut, Sucht, Depression usw. zeigt uns die Gefahren von Entscheidungen, die auf isolierten Variablen von Fallzahlen und Todesfällen basieren.



Covid stellt eine Vertrauenskrise für die moderne Welt dar. Wir denken, dass wir am fortschrittlichsten sind, und wir sind es gewohnt, Afrika zu instruieren, wie man erfolgreiche Entwicklung gestaltet. Seltsamerweise hat Afrika einige der niedrigsten Covid-Zahlen der Welt (mit Ausnahme des am meisten modernisierten Landes, Südafrika), trotz einer allgemeinen Beibehaltung des normalen Lebensstils und eines starken Vertrauens in Naturmedizin. Wer braucht wessen Expertise?

Ist unser moderner Lebensstil und ein hohes BIP die ultimative Antwort? Vielleicht wären wir glücklicher, verbundener, erfüllter - und sogar gesünder - mit einem traditionelleren, lokalen, weniger technisierten Lebensstil.

Die Mentalität des Kolonialismus besteht in unserer Zeit fort. In der Sonderausgabe des Münchner Sicherheitsreports "Polypandemie" erscheint die westliche Welt immer noch als leuchtende Vorreiterin für die ganze Welt: alle anderen brauchen unsere Hilfe, Expertise, unsere Investitionen, unser Wissen usw. Tatsächlich sind viele Probleme, die wir zu lösen versuchen, durch diese Denkweise verursacht. Sind wir wirklich so sicher, dass wir alle Antworten darauf haben, wie das menschliche Leben gelebt werden sollte?

Das große Versprechen der technologischen Utopie, das vor einer Generation noch unvermeidlich schien, liegt in Trümmern. Trotz all unserer Kommunikationstechnologie erleben wir weniger Gemeinschaft, Verbundenheit und Zugehörigkeit als unsere Eltern oder Großeltern. Die Gesundheit hat aufgehört, sich zu verbessern, neue Autoimmunkrankheiten grassieren, und die Ökologie steht unter zunehmendem Stress. "Fortschritt" scheint eine Grenze erreicht zu haben. Deshalb suchen viele von uns nach Antworten jenseits der Weltanschauungen, die uns bis zu diesem Punkt gebracht haben.

Wir brauchen Offenheit, Demut und die Bereitschaft, unsere kulturellen Annahmen zu transzendieren. Wir müssen akzeptieren, dass wir vielleicht nicht so viel wissen,

wie wir dachten. Wir sind in einer Geschichte gefangen, die nicht mehr funktioniert.

Ein Teil dieser Geschichte ist die Denkweise des Kampfes: Warum sprechen wir vom "Kampf" gegen den Klimawandel, gegen Covid, gegen Armut, gegen Rassismus...? Wir sind süchtig danach, Feinde zu finden, komplexe Probleme auf einzel-

ne, beherrschbare Ursachen zu reduzieren. Ein anderer Weg ist möglich. Wir könnten Sicherheit in Form von starken Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit neu begreifen. Wir könnten auch Gesundheit auf dieser Basis begreifen - Beziehungen zueinander, zur mikrobiellen Welt, zum Boden, zum Rest der Ökologie. Andernfalls sind wir in einem endlosen Krieg gegen die Symptome unserer Isolation, Dominanz und Fremdbestimmung der Welt gefangen.

Werden wir im Rückblick feststellen, dass der Kollateralschaden der Pandemie gewaltiger war als die Pandemie selbst? Können wir andere Werte jenseits von Risikominimierung und Lebenserhaltung erkennen? Ja, beides ist wichtig, gleichrangig sollte es neben Werten gesehen werden wie Geselligkeit, jemanden lächeln sehen, gemeinsam singen, Beziehung genießen und eine eigenständige Lebensgrundlage haben. Die Träume der Menschen zerbrechen gerade, Kindern fehlen wichtige Entwicklungsmöglichkeiten.

Die größte Krise, die Covid aufgedeckt hat, ist die Polarisierung, die starke Spaltung der Gesellschaft. Wenn sich das nicht ändert, werden wir unsere Probleme nie lösen und wir werden nie wirkliche Sicherheit haben. Wir müssen aufhören, Probleme danach zu diagnostizieren, wie dumm und böse die andere Seite ist. Wir müssen fragen: Wie ist das Verhalten, das ich verurteile, ein Symptom einer komplexen Situation? Inwiefern bin ich Teil dieser Situation? Wie ist meine Nation Teil davon? Und was kann ich tun, um sie zu verändern?

Anja Ufermann ist international zertifizierte Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation. Sie arbeitet als Trainerin & Coach und organisiert Veranstaltungen zu Versöhnung und sozialem Wandel. Im Vorstand von MSKverändern e.V. ist sie u.a. Mit-Initiatorin des Munich Peace Meetings.

Charles Eisenstein ist amerikanischer Kulturphilosoph und Autor. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit arbeitet er als Redner und freiberuflicher Dozent. Als Kulturvisionär geht es ihm um die Neugestaltung unseres Zusammenlebens hin zu einer Kultur der Verbundenheit.

Einige Anmerkungen zum Wandel von Militärinterventionen

In diesem Beitrag möchte ich einige jüngere Entwicklungen in der Organisation von militärischer Gewalt in Konflikten der Gegenwart beleuchten. Diese Veränderungen sind in Subsahara Afrika sowie dem Nahen Osten und Nordafrika zu beobachten. Nach meiner Interpretation, die von anderen geteilt wird¹, sind sie auf einen Wandel in den Prioritäten mächtiger Staaten, insbesondere der USA, aber auch europäischer Staaten, zurückzuführen, der nach den Anschlägen von 9/11 und den desaströsen Ergebnissen der Kriege in Afghanistan und im Irak eingetreten ist: Westliche Staaten priorisieren zusehends „Stabilität“ und die Terrorismusbekämpfung statt menschlicher Sicherheit und Demokratisierung. Sie können tödliche und erfolglose militärische Abenteuer gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr rechtfertigen. Anstatt demokratische Transformationen und den systematischen Menschenrechtsschutz anzustreben, setzen sie auf Kooperation mit Diktatoren und manchmal zweifelhaften nicht-staatlichen Akteur*innen, um so den transnationalen Terrorismus (und auch Migration) einzudämmen, und sie unterstützen „Stabilitätsgaranten“ (wie den ägyptischen Präsidenten as-Sisi) und Langzeitalliierte (wie das saudische Regime) trotz dem Einsatz von Repression und Menschenrechtsverletzungen.

Dies hat mehrere Entwicklungen zur Folge. Zunächst gibt es einen Trend dazu, regionale (z.B. arabische autoritäre Staaten oder Regionalorganisationen wie die Afrikanische Union) und lokale Akteur*innen (z.B. bestimmte bewaffnete Gruppen wie die Peshmerga) verstärkt in Militäroperationen zu involvieren und sich immer mehr auf sie zu verlassen, wenn es etwa um von den UN bewilligte oder beauftragte (Friedens- und Stabilisierungs-) Missionen geht oder um multilaterale Interventionen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung. Zweitens übernehmen diese Akteur*innen oft die „harte Arbeit“ in bewaffneten Konflikten: Bodenoperationen, direkter Einsatz auf dem Schlachtfeld, aktives Kämpfen. Drittens allerdings sind die altbekannten Akteur*innen aus der Zeit der liberalen Interventionen, also westliche Staaten, Organisationen wie die NATO etc., nicht verschwunden. Vielmehr übernehmen sie eher unsichtbare Rollen, etwa in der Form von Drohnenkriegen, Unterstützungs- und Trainingsmissionen, geheimdienstlichen Operationen, gezielten Tötungen etc.

Warum sind diese Trends problematisch? Erstens hat der Westen damit begonnen, Verantwortung für seine Agenden und in Teilen von ihm verursachten Probleme an dritte Akteur*innen auszulagern – und diese verfolgen natürlich auch ihre eigenen Agenden, die oftmals im direkten Gegensatz zu liberalen Werten stehen. Zweitens hat die Komplexität von Akteurskonstellationen in jüngeren Militärinterventionen und -missionen desaströse Auswirkungen für die Zuschreibbarkeit von Verantwortung und das Ablegen von Rechenschaft: Wer wann und wo was getan hat, ist eine inzwischen sehr schwer zu beantwortende Frage. Das Problem wird dadurch verschlimmert, dass autoritäre Staaten sich öffentlicher – geschweige denn demokratischer – Kontrolle oft entziehen und dass Demokratien zunehmend unsichtbare Formen der Aktivität nutzen, die praktischerweise auch weniger tödlich für ihre eigenen Soldat*innen sind. Das bedeutet, dass das öffentliche Interesse daran schwindet, das Geschehen genau zu beobachten. Schließlich ist es naiv anzunehmen, dass der kurzfristige Gewinn prekärer Stabilität auf die lange Sicht nicht zu hohen Kosten in der Zukunft führt. Menschen, deren Rechte systematisch missbraucht werden, die unter physischer Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung leiden und die keine Möglichkeit haben, ihre Stimmen hörbar zu machen, werden schlussendlich protestieren. Man könnte meinen, dass die arabischen Rebellionen denjenigen eine Lehre waren, die die Unterstützung von Diktatoren für eine sichere Wette hielten. Aber Stabilität, die für den Preis von demokratischen und Menschenrechten erkaufte ist, muss oberflächlich sein.

Was können Politiker*innen, Aktivist*innen und die Öffentlichkeit in Deutschland und dem Westen mit diesen Beobachtungen anfangen? Entscheidungsträgerinnen könnten in Erwägung ziehen, dass ihre Prioritäten (Stabilisierung und Terrorismusbekämpfung) und die Mittel, mit denen sie diese verfolgen (Auslagerung und Verschleierung), nicht unbedingt Teil einer Langzeitstrategie sind, die mehr (menschliche) Sicherheit innerhalb und außerhalb demokratischer Gesellschaften zum Ziel hat. Aktivist*innen sollten nach Akteur*innen und Themen jenseits der „üblichen Verdächtigen“ Ausschau halten, um problematische Praktiken aufzuspüren und herauszufinden, wie wir hier zu deren Beseitigung beitragen können, obwohl ihre Konsequenzen anderswo spürbar sind. Zum Beispiel sollten wir einem simplifizierenden Narrativ des „islamistischen Terrorismus“ skeptisch gegenüberstehen, weil es nicht nur die Anwendung militärischer Gewalt und freiheitsbeschränkender Gesetzgebung im Westen legitimiert, sondern auch Diktatoren plausible Argumente an die Hand gibt, um ihre repressiven Methoden gegen bestimmte Gruppen zu rechtfertigen, die ihre Macht gefährden. Schließlich sollte die Öffentlichkeit darauf beharren, dass Rechenschaft abgelegt wird, insbesondere in Bezug auf intransparente Interventionskonstellationen, die die Zuschreibung von Verantwortung für das Handeln in Konfliktzonen erschweren. Als Mitglieder einer demokratischen und wohlhabenden Gesellschaft sind wir privilegiert – und wir schulden es denjenigen mit weniger Privilegien, dass wir unsere Rechte und Macht dafür nutzen, auch ihre Interessen zu vertreten.

Über die Autorin: **Hanna Pfeifer** ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Radikalisierungs- und Gewaltforschung an der Goethe-Universität Frankfurt und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die hier zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind die der Autorin und repräsentieren nicht die Position der Institutionen, für die sie arbeitet.

¹ Einschlägige Publikationen geschätzter Kolleg*innen: Louise Wiuff Moe und Anna Geis (2020): From liberal interventionism to stabilisation: A new consensus on norm-downsizing in interventions in Africa, *Global Constitutionalism* 9:2, 387–412; John Karlsrud (2019): From liberal peacebuilding to stabilization and counterterrorism, *International Peacekeeping* 26:1, 1–21.

MISEREOR – Versöhnungsarbeit Frieden, Sicherheit und Versöhnung neu denken!

Hilfswerke in Deutschland manifestieren in ihrer Arbeit seit Jahren eine seriöse „neue Verantwortung Deutschlands“.

Die „neue Verantwortung Deutschlands in der Welt“ ist jetzt gerade im Hinblick auf die mögliche Normalisierung der transatlantischen Verbindung zur neuen US-Regierung wieder in aller politischer Munde. Auch die MSC wird wieder versuchen, Ihren Status mit der Proklamation dieses Slogans zu untermauern. Doch was ist „neu“ an Denkmustern und Konzepten, die sich Verantwortung nur mit Waffenarsenalen, Drohkulissen und Ausgrenzung vorstellen? Oder sie mit einer „2% BIP-Kriegskasse“ als abgegolten ansieht? Warten wir ab, wie sich die MSC also ohne manipulative Oberflächlichkeit dem Thema in ihren Veranstaltungen und Auseinandersetzungen annimmt. Wird sie tatsächlich ihrem Appell „Zeitenwende/Wendezeiten“ mit seriös neuen Impulsen gerecht werden?

Frieden leben – statt „Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg“

Mit der Aufforderung „Frieden leben“ beschreiben Hilfswerke Deutschlands zusammen mit allen Diözesen im Rahmen ihrer gemeinsamen Kampagne 2020 das Streben, die Erfahrung und das Friedensengagement ihrer Partner im Globalen Süden. Vermittelt über die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ war die Kampagne auf der MSC 2020 präsent: der oberste Kirchenführer der Zentralafrikanischen Republik, Kardinal Nzapalainga, stellte zusammen mit der Verteidigungsministerin des Landes ihre Praxis von „Frieden leben“ in diesem kriegsgebeutelten Land zur Diskussion. Dort und in allen Ländern der Erde setzen die Menschen der waffenstrotzenden Gewalt von Krieg, Rebellion und Ausgrenzung eine Realität der Versöhnung entgegen, des sozialen Ausgleichs von Interessensgegensätzen, der gesellschaftlichen Teilhabe, der Förderung von Resilienz gegenüber Ideologien von Rache und Gegengewalt.

Seit 20 Jahren unterstützt z.B. MISEREOR mit besonderem Augenmerk Friedensprojekte in der Region der Großen Seen Afrikas, die sich Völkermord, gewaltvoller (Militär-)Putsch und allgegenwärtiger Verleugnung der Menschenrechte entgegenstellen. Diese Menschen und MISEREOR haben gelernt, dass es, um auf solchermaßen zerrüttete Verhältnisse zu reagieren, nicht ausreichen kann, klassisches gewaltbasiertes „Sicherheitsdenken“ zu proklamieren, „Entwicklungshilfe“ wie üblich anzubieten.

Partner in der einen Welt – Sicherheit durch zivilgesellschaftliche Kompetenz

Eine große Langzeitevaluierung sieben spezieller Projekte in den drei Ländern der Region stellte erst kürzlich beste Noten aus für ihre Wirkkraft hinein in die lokalen Gesellschaften. Die Projekte zeigen, dass „Frieden leben“ auch in einer gewaltbereiten und gewaltorientierten Landes- und Weltsituation möglich ist: Projektträger bieten psy-

chosoziale Betreuung für die Überwindung von Trauer und Trauma an; begleiten Täter-Opfer-Ausgleich als Basis nachhaltiger Versöhnung; richten Spar- und Kreditfonds ein, die von ehemals verfeindeten Gruppen gemeinsam verwaltet und genutzt werden; organisieren politische Prozesse der Bürgerbeteiligung und der Guten Regierungsführung auf dörflicher und Distrikt-Ebene; erproben auf der Basis traditionellen Kulturgutes eine „Justiz der Wiedergutmachung“ als Alternative zur simplen Strafjustiz. 2% des BIP für solche internationale Arbeit würde die Verantwortung Deutschlands also mit einem ganz anderen Signal versehen: nämlich Praxis ausbauen, die lokal verankert, politisch relevant und auf die Herstellung sozial dynamischer, inklusiver Sicherheit setzt. Statt mechanisch und gewaltbereit Drohgebärden und ausgrenzende Blockbildung zu denken und zu bezahlen.

Frieden geht (anders) – „Sicherheit neu denken“

Die Hilfswerke und Diözesen möchten ihre Kampagne in 2021 fortsetzen: auf der Basis der gewaltfreien, gemeinwesenorientierten, zivilgesellschaftlichen Praxis ihrer Partner mahnen sie: „Frieden geht (anders)“! Dafür müssen Politik und (internationale) Institutionen Impulse bekommen und sich Räume öffnen, „Sicherheit“ neu zu denken. Prüfen wir die MSC, ob sie ein solcher Raum sein mag und arbeiten wir daran mit, dass sie ein friedensrelevantes Welt-Forum aus Deutschland werden kann. Die Praxis der Zivilgesellschaft in Deutschland und den Partnerländern der Hilfswerke denkt und tut Frieden neu und anders: das ist seriös und nachhaltig „neue Verantwortung“.



Sicherheitsorgane sichern: Friedensbildung der Polizei statt gewaltbasierte Militärbedrohung. Friedensdemo in einer Provinzhauptstadt der Zentralafrikanischen Republik. © Photo: Autor

Hubert HEINDL, APTÉ - Regensburg
Direktor afrikanisches Programm Gewaltfreier
zivilcrisisintervention INOVAR

WIEVIEL RÜSTUNG SCHADET ?

Viele Politiker im In- und Ausland sagen, dass Deutschland zu wenig für die Verteidigung, für das Militär tut. Es stimmt auch, dass die USA mit einem Aufwand von jetzt mehr als 700 Mrd. \$ das nicht einholbare Vielfache von Europas Aufwand für das Militär bereitstellen. Deutschland erbringt tatsächlich mit seinen stark um 10% auf 50 Mrd. \$ gestiegenen Militär-Ausgaben keinen vergleichbaren Beitrag. Auch im Vergleich zum Sozialprodukt bringt Deutschland mit 1,8% für das Militär nur die Hälfte dessen ein, was Russen oder Amerikaner aufbringen müssen:

Umfang des Militärhaushalts (Quelle: SIPRI)				
	2008 in Mrd \$	2008 in % BSP	2018 in Mrd \$	2018 in % BSP
USA	607	4	650	3,2
Rußland	58,6	3,5	61,4	3,9
Deutschland	46,8	1,3	49,5	1,8

Der Militäraufwand soll dem Schutz vor möglichen, denkbaren Angriffen dienen. Müssen wir also diesen Aufwand erbringen, weil wir sonst schutzlos ausgeliefert sind der akuten Bedrohung durch einen Angriff eines von Deutschland weit entfernten Staates?

Jetzt steht die NATO am Fluss Narwa in Estland kurz vor St Petersburg. Früher stand der "Warschauer Pakt" kurz vor Hamburg.

Die Europäische Union ist nach ihrer Verfassung verpflichtet dem Frieden zu dienen. Sie kann und darf sich nicht in eine Aggression gegen Russland begeben. Wenn sie aus der Sicht Russlands anders gesehen wird (als mögliche Angriffs-Allianz), dann ist dies auch eine Folge des eigenen Verhaltens Russlands: die Annexion von Gebieten der Ukraine (der Krim und des Donbass) war zweifellos ein völkerrechtswidriger Akt der Aggression.

Angriffspläne oder Präventivkriegs-Absichten will ich den westlichen Staaten unter der Führung der USA nicht unterstellen - und ganz besonders nicht der Europäischen Union, die aufgrund ihrer Verfassung zur Wahrung und Förderung des Friedens verpflichtet ist. Russland wiederum ist mit seinen begrenzten Fähigkeiten, seinem niedrigen Sozialprodukt und seiner geringen Bevölkerungszahl (150 Millionen Menschen gegenüber den 550 Millionen in der Europäischen Union) so sehr an den Rand gedrängt, dass

von dort eigentlich nur wahnsinnige Politiker Angriffsabsichten (mit Selbstmord-Option) haben könnten.

Wenn wir Angriffspläne auch für die Zukunft ausschließen wollen, müssen wir über friedensfördernde Schritte nachdenken - es muss den jetzigen und künftigen Führern Russlands (und Chinas) klar werden, dass von den Staaten der Europäischen Union - aber auch von den USA - keine Angriffsabsichten zu erwarten sind.

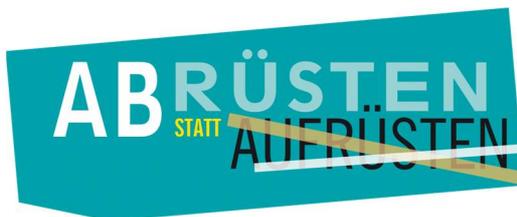
Die Europäische Union ist durch den Vertrag von Lissabon zu einem friedensfördernden Verhalten verpflichtet.

Die USA sind durch die Politik des jeweiligen Präsidenten auf möglicherweise stark wechselnde Verhaltensmuster programmiert. Der jetzige Präsident Joe Biden zeigt eine den Frieden fördernde Grundhaltung - im Gegensatz zu seinem

Amtsvorgänger.

Jetzt liegt es bei der deutschen Regierung die vorsichtige Politik der letzten Jahrzehnte fortzusetzen und dem Drängen aus anderen Staaten, aber auch aus Teilen der eigenen parlamentarischen Basis nicht nachzugeben und der Entwicklungshilfe gegenüber den ärmsten Staaten und Menschen dieser Welt mehr Aufmerksamkeit zu widmen als den Forderungen nach mehr Geld für das Militär. Wenn dies geschieht, kommt Deutschland den Pflichten nach, die vom Grundgesetz und von der Europäischen Union eingefordert werden und dann werden die Menschen der Europäischen Union in steigendem Wohlstand auch in wachsender Bereitschaft zur Hilfe gegenüber den ärmsten Staaten dieser Welt arbeiten und leben können. Dort bestehen Spannungen, die auf der extremen Armut, der häufig allgegenwärtigen Unterernährung, aber auch dem fehlenden sauberen Trinkwasser geschuldet sind. Wenn wir das Reden von der Einen Welt ernstnehmen, dann dürfen wir unseren Blick nicht abwenden von dieser Not und dürfen Gelder infrage stellen, die in immer mehr immer neuere Waffensysteme gesteckt werden sollen - es gibt andere Bereiche auf dieser Welt, die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Dr. Wolfram Rohde-Liebenau



APPELL von **IALANA Deutschland e.V.** - Vereinigung für Friedensrecht - Deutsche Sektion der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms

Dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – nukleare Aufrüstung Deutschlands stoppen!

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir wenden uns hiermit an Sie und zugleich an alle Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem dringenden Appell:

Unterzeichnen und ratifizieren Sie den Atomwaffenverbotsvertrag!



Der ganze Brief unter: <https://appell.ialana.de/>

*„Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter,
als er sie vorgefunden hat.
Krieg ist ein Versagen der Politik
und der Menschheit, eine beschämende Kapitulation,
eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen...
Fragen wir die Opfer.“*

Papst Franziskus („Fratelli tutti 197“, Oktober 2020)



Frieden leben.
Partner für
die Eine Welt.

Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog.

Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising sowie die Arbeitsstelle Kokon der Evang.—Luth. Kirche in Bayern. Wir arbeiten bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung, dem Kulturreferat der Stadt München und dem Katholischen Fonds zusammen. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit und kooperieren mit der Hochschule für Philosophie München, dem forum-ZFD, APTE u.a. Wir unterstützen die Kampagne "Sicherheit neu denken" und den Aufruf zur Anti-Siko-Demo 2021.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle (Mitarbeit) und durch **finanzielle Förderung** geschehen: **Ihre Spende an uns** ist steuerlich absetzbar.

Rückmeldung: Wir freuen uns über Ihre Meinung durch Rückäußerungen, auch in kritischer Form!

Termine



**Freitag, 19.02.2021,
14.00 Uhr - 22.00 Uhr
Friedenskonferenz online**
www.friedenskonferenz.info
Friedensakademie: Mit dem Konzept „Sicherheit neu denken“

14:30 Uhr – 19:00 Uhr
Friedensforum:
20:00 Uhr — 22:00 Uhr

Samstag, 20.2.2021, 14:00 Uhr

Odeonsplatz

Münchner Friedensbündnis, Protest gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

Samstag/Sonntag, 27. - 28. Februar 2021

Gemeinsames Haus Europa - Für ein Europa, das Frieden wagt

Online-Jahreskonferenz der Kooperation für den Frieden, **Anmeldung** bitte bis 23. Februar 2021 bei: info@koop-frieden.de Tel.: 0228 69 29 04

Freitag/Sonntag, 12.—14. Februar 2021

Die (Re)konstruktion der Welt , medico international - Hilfe. Solidarität. Politik.

Anmeldung: www.reconstruction-of-the-world.org

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Mechthild Schreiber, Anja Ufermann

Die Artikel bringen jeweils die persönliche Meinung der Autorin/des Autors zum Ausdruck.

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.2.2021

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMMXXX

Druck:: Druckwerk GmbH, München, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral